

Diese Kirchen stehen auf der roten Liste

Pfarrer Tran informiert über das beschlossene Einsparkonzept. Erneut wird der Vorwurf der Geheimniskrämerei geäußert.

VON MICHAEL HECKERS



St. Mariä Rickelrath (im Bild) steht wie die Kirchen St. Rochus Dalheim, Heilig Geist Tüschenbroich und der Erweiterungsbau von St. Vincentius Beeck auf der Roten Liste. "Das Gebäude allein macht die Kirche nicht zur Kirche, es braucht die lebendige Gemeinde", sagt Wegbergs Pfarrer Tran. FOTO: Jürgen Laaser (Archiv)

WEGBERG Pfarrer Franz Xaver Huu Duc Tran informierte am Dienstagabend im Klinkumer Pfarrheim über die Ergebnisse des sogenannten KIM-Einsparkkonzeptes bei den pastoral genutzten Gebäuden (Sakralbauten, Pfarrheime, Büroräume). Nur wenige Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil. Die jedoch machten aus ihrem Unmut über einen aus ihrer Sicht "völlig intransparenten Prozess in vordemokratischer Manier" keinen Hehl.

Das Ziel des KIM-Prozesses war vom Bistum Aachen vorgegeben: Künftig werden Sanierungs- und Reparatur-Zuschüsse für ein Drittel der pastoral genutzten Gebäude in Wegberg nicht mehr gezahlt. 106.618 Euro pro Jahr muss die Pfarrei St. Martin deshalb in Zukunft bei der Unterhaltung ihrer 40 pastoralen Gebäude einsparen. Ein eigens gegründeter KIM-Ausschuss hat sich seit 2015 unter Begleitung von Fachleuten des Bistums Aachen intensiv mit dem Thema Kirchliches Immobilienmanagement (KIM) beschäftigt und ein Einsparkkonzept erarbeitet, das am 27. Mai vom Bistum Aachen genehmigt wurde.

Die kirchlichen Gebäude, für die es in Zukunft keine Bistumsbezuschung mehr geben wird, finden sich nun auf der Roten Liste wieder, darunter unter anderem die Kapellen Schönhausen, Moorshoven und Gripekoven, der Erweiterungsbau der Kirche St. Vincentius Beeck, die Kirchen in Dalheim, Rickelrath und Tüschenbroich, die Pfarrheime in Klinkum und Merbeck sowie die Kapellen in Isengraben und Kehrbusch. Pfarrer Tran betonte, dass die Aufnahme auf die Rote Liste nicht zwangsläufig bedeuten muss, dass diese pastoralen Gebäude aufgegeben werden. Aber es seien alternative Finanzierungskonzepte für diese Gebäude gefragt.

Als positives Beispiel nannte Pfarrer Tran den Förderverein St. Maternus Merbeck, der schon seit Jahren den Erlös aus seinen Veranstaltungen für den Erhalt des Pfarrheims zur Verfügung stellt. "Wir müssen uns die Frage stellen: Was ist den Menschen ihre Kirche wert?", sagte Hedwig Klein von der Pfarrei St. Martin. Das Kernproblem sei, dass viele Menschen ihren Bezug zur Kirche aufgegeben hätten.

Die Kirchengebäude seien zwar auch heute noch sichtbarer Mittelpunkt der Dörfer, doch besucht würden die Gottesdienste kaum noch. Mit diesem Problem habe sich der KIM-Ausschuss gewissenhaft auseinandergesetzt. Die Gruppe sei überzeugt, dass das beschlossene Konzept die beste Lösung für die Pfarrei St. Martin ist. "Dabei haben wir pastorale Gesichtspunkte in den Mittelpunkt gerückt", erklärte Pfarrer Tran. "Es wird weiterhin in allen Filialgemeinden wenigstens einen Raum geben, wo Menschen zusammenkommen können, um gemeinsam Gottesdienste und Eucharistie zu feiern und lebendige Gemeinde zu bleiben oder wieder zu werden", ergänzte Hedwig Klein. Durch das bereits beschlossene und vom Bistum Aachen im Mai genehmigte Konzept sei sichergestellt, dass in allen zehn Filialgemeinden der Pfarrei weiterhin pastorales Leben ermöglicht werde.

Der KIM-Prozess hatte zuletzt bei vielen Ehrenamtlichen für Irritationen gesorgt (unsere Redaktion berichtete). In Beeck beklagten sie, dass in ihrem Ort nun rund 30.000 Euro jährlich gespart werden müssen, in Wegberg nur 228 Euro. Michael Schlagheck aus Beeck fragte am Dienstagabend: "Warum ist diese Veranstaltung nicht zu Beginn des KIM-

Prozesses angeboten worden? Ihr habt eine Chance vertan." Schlagheck meinte, dass er die Ergebnisse der KIM-Arbeitsgruppe gar nicht in Zweifel ziehen wolle und es nicht zu bestreiten sei, dass die Kirche sparen muss. Allerdings sei es in der heutigen Zeit unverantwortlich, in einer solch schwierigen Lage die notwendigen Diskussionen in völlig intransparenter, vordemokratischer Manier Geheimgremien anzuvertrauen und deren Ergebnisse einer überrumpelten Gemeinde als vollendete Tatsache zu präsentieren, nachdem das Bistum Aachen bereits im Mai seinen Segen erteilt hat. "Die Vorgehensweise mag ja kirchenrechtlich in Ordnung sein. Klug ist sie nicht, denn ihr habt noch nicht einmal die eigenen Schafe mitgenommen", sagte Schlagheck. Deshalb sei der Informationsabend "sinnentleert", man brauche sich über die schwache Beteiligung nicht zu wundern.

Pfarrer Tran entgegnete, dass die Vorgehensweise Recht und Gesetz entspreche und auf Anraten des Bistums Aachen gewählt worden sei. In der Projektgruppe seien alle Filialgemeinden vertreten gewesen. Der Vorschlag der KIM-Projektgruppe sei dem Pfarrgemeinderat und dem Kirchenvorstand von St. Martin vorgestellt worden und der Kirchenvorstand habe den Beschluss mit deutlicher Mehrheit gefasst. Pfarrer Tran deutete in Klinkum auch an, dass der "schmerzhafte Prozess des Aufgebens" weitergehen wird, wenn es nicht gelingt, die Menschen wieder stärker für den Glauben zu begeistern. Pfarrer Tran: "Wir werden uns wohl auch mit KIM 2 beschäftigen müssen, dann bei der Pastoral."

INFO

Keine Zuschüsse mehr vom Bistum Aachen

Liste Um die Vorgaben des Bistums zu erfüllen, wurden laut Tran folgende pastoral genutzte Gebäude für die Herausnahme aus der Bistumsbezuschung für Sanierungen und Reparaturen vorgesehen: **Arsbeck:** Pfarrheim, Amtsbereich (entspricht Pfarrbüro) **Beeck:** Kapellen Schönhausen, Moorshoven, Gripekoven, Erweiterungsbau Kirche (Neubau, nicht Altbau), Amtsbereich. **Dalheim:** Kirche, Amtsbereich, Altenstube am St. Josefsweiler 69 **Klinkum:** Pfarrheim, Amtsbereich **Merbeck:** Pfarrheim, Amtsbereich **Rath-Anhoven:** Kapellen Isengraben und Kehrbusch, Amtsbereich, das Pfarrheim (St. Rochus Haus) **Rickelrath:** Kirche **Tüschbroich:** Kirche **Wegberg:** Kapelle Busch **Wildenrath:** Pfarrheim, Amtsbereich, Kapelle.

Keine Schließung Pfarrer Tran sagt, dass kein Gebäude, das aus der Bistumsförderung herausgenommen wird, zwangsläufig geschlossen werden muss. Für diese Gebäude müssen aber alternative Finanzierungsmöglichkeiten bedacht werden.